

# Der Gesellschafter

## Amts- und Anzeigenblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

mit der Beilage  
„Unsere Heimat“

### Nagolder Tagblatt

mit illustrierter Sonntagsbeilage  
„Feierstunden“

Veröffentlichung, Druck und Verlag von G. M. Kallert (Herrn Robert Nagold)

Bestellstelle Zeitung in  
Oberamtsbezirk — Ver-  
träge sind dabei aus-  
bestellt.

Das neue, verbesserte und  
vergrößerte Exemplar  
ist aus dem Jahre 1924  
erschienen. Die Zeitung  
ist jetzt noch besser als  
je und enthält die besten  
Nachrichten.

Telegraphische Adressen:  
Gesellschafter Nagold.  
Postfachnummer:  
Nagold 5113.

erschienen am 7. 10. 1924  
in den Verlagen  
des Verlegers  
und Verlegers  
und Verlegers

Nr. 236

Wochenblatt 1924

Dienstag den 7. Oktober 1924

Preis pro Nummer

98. Jahrgang

### Tagespiegel

Nach London wird gemeldet, die britische Staatsbank ver-  
zinst mit der Bank von England über die Übernahme  
eines Teils der Entschuldigungsanleihe.

Der japanische Botschafter in Berlin verhandelte längere  
Zeit im Auswärtigen Amt. Japan verlangt für sich alle  
Verpflichtungen, die von Deutschland in den neuen Han-  
delsverträgen anderen Staaten (Frankreich) eingeräumt  
werden.

Nach einer Fete der Revolutionsfeier in Tours erklärte der  
französische Innenminister Clémenceau, die sechs französischen  
Kandidaten haben in ihrem öffentlichen Brief an Herriot geteilt  
zur Aufhebung gegen die Gesetze und zum Bürgerkrieg auf-  
gefordert. Es werde ihnen aber nicht erlaubt werden, unge-  
achtet der öffentlichen Ordnung zu wirken. Die (verbotenen) reli-  
giösen Orden haben, trotz der Versicherungen des heiligen  
Stuhls, die Congregat der Regierung benützt, um sich wieder  
zu bilden. Der Kaiserlich, die Staatsaufsicht zu verneinen,  
ist jedoch unmöglich. Die Regierung werde eine Untersuchung  
über die Tätigkeit der Orden anstellen und die Gesetze ohne  
Schwierigkeit anwenden.

Ein französischer Dampfer hat für den mondchinesischen  
Seemilch Tschangschon mehrere Flugzeuge in Vietnam gelandet.

### Sich verstehen und sich verständigen

Sind Völker fähig, einander zu verstehen? Nach allem,  
was man innerhalb eines Jahrzehnts erlebt hat, ist man  
genötigt, die zweifelhafte Frage zu stellen. Sich ver-  
ständigen und einander verstehen, ist zweierlei. Man kann  
sich verständigen, auch wo man sich nicht versteht, aber man  
kann sich nicht verstehen, wenn das Verständigen da-  
von abhängt, wo die Ansichten, einander zu verstehen,  
nicht getrennt sind. Das ist die Lage zwischen Deutschen und  
Franzosen.

In einem Punkt sind die Nachbarn der Schmutzgerode  
Begriffe: der Deutsche ist geneigt, alles Fremde für besser  
zu halten als das Heimische; der Franzose begreift nicht, wie  
ein Fremder nicht von allem Französischen entsetzt und be-  
zweifelt sein kann. Dieser Grundzug im Charakter der fran-  
zösischen Volkspersönlichkeit ist durch Verlust und Ausgang  
des Krieges neu bekräftigt und vertieft worden. Uns aus  
eigener Kraft zu besiegen, hätte auch der wildeste Franzose  
sich nicht träumen lassen. Nicht einmal die sichere Hilfe Rus-  
lands dachte den Franzosen ausreichend. England mußte  
unbedingt mit dabei sein! Und dann noch Italien. Und  
schließlich Belgien. Und Serbien. Und Rumänien.  
Über es langte immer noch nicht! Die Parole wäre trotz  
allem mit einem Hubertusburger Frieden, will sagen mit  
einem beispiellosen Erfolge Deutschlands ausgegangen, wenn  
nicht Amerika mit seinen unerschöpflichen Hilfsmitteln auch  
noch über das erschöpfte Deutschland hergefallen wäre. Seit-  
dem sieht sich Frankreich als rechtmäßiger „Sieger“. Und  
es zweifelt nicht, daß die ganze Welt, die ihm zu Hilfe  
gekommen ist, das eben nur in Anerkennung der französischen  
Beistellung getan habe, wonach die französische „Mission“  
das Beständigste für die Menschheit ist. Selbstverständlich  
haben alle die, die Frankreich zu seinem „Siege“ verholfen  
haben, nun auch die Pflicht, sein Siegeserbnis zu sichern  
und es in seiner Siegerstellung zu erhalten.

Ob man an dieser Siegeserfassung Kergernis nehmen  
oder darüber lachen will, ist eine Sache zweier Ordnung.  
Da erster Punkt kommt es darauf an, diese Siegeserfassung  
als Tatsache zu erkennen und festzustellen. Gelegentlich dazu  
bieten die Handelsvertragsverhandlungen in Paris. Der  
französische Handelsminister begrüßt die deutsche Abordnung  
mit dem unerschöpflichen Hinweis: „Wir sind die Sieger. Wir  
sind die Besiegten. Folglich ist es an euch, euren „guten Willen“  
und eure „verständliche Stimmung“ zu beweisen, indem  
Ihr das von uns weggenommene Elend-Lothringen mit Zoll-  
vergünstigungen füttert, als sei es noch immer Deutschland.“  
Und leider hat die eingeschickerte deutsche Vertretung auf  
die Rede, an der Poincaré keine helle Freude gehabt haben  
dürfte, nicht die richtige Antwort gefunden.

Die Anpassung ist begreiflich auf Ufa-Vorbringen mit  
Schweigen zu übergehen, war kaum genügend als Antwort  
bei solchen Einstellung, worunter der französische Minister  
die Verhandlungen von vornherein zu bringen gedachte. Er  
hat auch allerlei eingeflochten vom deutschen Einbruch in  
Nordfrankreich und den Schädigungen, die die französische  
Wirtschaft dadurch erlitten habe. Darauf hätte sich doch  
wohl die unabweisbare Feststellung gebührt, daß der deutsche  
Einbruch in Nordfrankreich — diese rechtmäßige Kriegs-  
handlung nach erfolgter Kriegserklärung — mehr als ausgeglichen  
sei durch den Einbruch der Franzosen und Belgier ins  
Rheingebiet, ohne Kriegserklärung, unter schlichtem Druck  
des Versailles Friedensdiktats.

Das die gegenseitige Schädigung angeht, so sind wir und  
die Franzosen, seit dem Ausbruch ins wehrlose Herzland der  
deutschen Industrie, quitt auch in den Augen derer, die  
sich nicht meinten, wie hätten an Frankreich in der Tat allerlei  
„naturnachem“. Es hat eine Zeit gegeben, da wären in  
Deutschland breite Schichten bereit gewesen, das Ängstliche

daran zu setzen, um das zerstörte Nordfrankreich wieder-  
aufzubauen. Das haben die Franzosen nicht ge-  
wollt, sie sind es, die den angeblichen Wiederaufbau durch  
deutsche Arbeiterhände verhindert haben. Sie wollten  
ihre Rache haben. Die haben sie nun in vollen Zügen  
genossen. Für den Einbruch, den deutsche Heere sich in feind-  
liches Land ehrlich erkämpft hatten, haben sie Vergeltung ge-  
leistet, indem sie mit schwerbewaffneten Scharen in ein er-  
schwichtetes und ungeheures Land eindrangen. Damit ist die  
moralische Rechnung, die zwischen Deutschland und  
Frankreich wegen der militärischen Verwüstungen in den  
Norddepartements bestehen möchte, mehr als beglichen, und  
was uns noch „wiedergutzumachen“ bleibt, das ist im Do-  
mes-Plan festgelegt. Wir haben unseren „guten Willen“ und  
unseren „verständlichen Geist“ überzeugend dargestellt, indem  
wir diesen Plan und seine ungeheuerliche Belastung ange-  
nommen haben, abmahl eine Grenze für un-  
serer Zahlungspflichtungen gar nicht fest-  
legt. Seitdem hat niemand mehr ein Recht, an unseren  
guten Willen zu zweifeln, und für unsere Bereitschaft zur  
Welterfüllung neue und immer neue „Beweise“ zu  
fordern.

Wir dagegen haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß nie-  
mand an unserem Ernst, die übernommenen Verpflichtungen  
abzuarbeiten, begründete Zweifel hegen darf. Das können  
wir nur, indem wir unsere Bereitschaft nicht leichtfertig in  
den Dienst eines ausichtslosen Versuches stellen, Frankreich  
von unserem „guten Willen“ zu überzeugen, sondern indem  
wir sie ganz und ungestört in den Dienst der Erfüllung des  
Dawes-Plans stellen. Das aber ist von vornherein ausichts-  
los, wenn wir von 1925 ab das Loch im Westen nicht end-  
gültig zustopfen. Das ist es, was mit dem ganzen, im Dienst  
der Sache erforderlichen Ernst den Franzosen auf ihre Art,  
die Handelsvertragsverhandlungen zu trüben, hätte er-  
widert werden sollen.

Verstehen würden die Franzosen darum diesen unsern  
Standpunkt genäh noch nicht. Die Franzosen besitzen viel  
und deutsches Wesen besitzen zu lernen, kann aber auch  
nicht der Zweck der politischen Verhandlungen sein. Zweck  
ist die wirtschaftliche Verständigung, und dazu wird es um  
so eher kommen, je ruhiger die Franzosen einsehen lernen,  
daß wir Verpflichtungen nicht nur gegen sie, sondern auch  
gegen andere Mächte haben übernehmen müssen, und daß  
wir nicht in der Lage sind, unsere Verpflichtungen gegenüber  
anderen zu kürzen, um ihnen neuer Verpflichtungen, die wir  
gegenüber dem weltbeglückenden Franzosentum auf uns  
nehmen sollen. Das System, wonach die deutsche  
Wirtschaft vom Siegerekapitalismus aus-  
gebeugt werden soll, ist im Dawes-Plan  
endgültig festgelegt. Leben einzelnen der Sieger-  
staaten noch eine besondere Saugpumpe zu bewilligen, wo-  
mit er die deutsche Wirtschaft zu seinem Privatvergnügen  
auspumpen könnte, geht nicht mehr an. Das ist die einzig  
mögliche Grundlage, worauf den Franzosen jedoch wie mög-  
lich Verständnis beigebracht werden müßte, wenn die end-  
gültige Verständigung nicht vorbeigelassen soll.

### Neue Nachrichten

#### Zur Umbildung der Regierung

Berlin, 6. Okt. Gestern fanden verschiedene Fraktions-  
sitzungen und Besprechungen statt. In einer Gewerkschafts-  
sitzung teilte Hg. Müller (Soz.) mit, die Person des  
Reichspräsidenten Ebert biete die Gewähr dafür, daß die  
Deutschnationalen nicht in die Regierung hereinkommen.

Die „S. Z.“ schreibt, daß das Zustandekommen der  
Vollversammlung und des Bürgerblocks immer unwahr-  
scheinlich werde. Voraussetzungen werde es so kommen, daß  
die bisherige Minderheit als Regierungskoalition vorläufig  
weiter bestehe, und die Entschädigung über die Regierungs-  
umbildung einer Abstimmung des Reichstags vorbehalten  
werde. Da aber keine feste Mehrheit für die Zukunft mehr  
zu erwarten sei, so dürfte man in kurzer Zeit vor neuen  
Wahlen stehen.

In einer sozialdemokratischen Versammlung in Branden-  
burg verabschiedete ein Redner der Parteiführung, die gegen-  
wärtigen Verhandlungen des Reichspräsidenten mit den Fran-  
zosen haben nur den einen Zweck, nachzuweisen, daß die  
Regierungserweiterung nach rechts unmöglich sei.

#### Neue Reichsregierung in Tobas

Karlsruhe, 6. Okt. Der Präsident des Evangelischen  
Oberkirchenrats Dr. Ruchow hat sein Amt nieder-  
gelegt. Mit ihm ist die Kirchenregierung zurückgetreten.  
Die Badische Landesversammlung wählte mit 36 von 60 abgege-  
benen Stimmen Kirchenrat D. Wurth-Breiten zum Prä-  
sidenten; 19 Stimmen fielen auf Landesgerichtspräsident a. D.  
Dr. Dörner-Oberburg, 1 auf Stadtpfarrer Kühnwein-Frei-  
burg, 4 Jettel waren weiß. D. Wurth hat die Wahl ange-  
nommen. Die Synode nahm einstimmig eine Entschädigung  
an, die dem scheidenden Kirchenpräsidenten und dem Mit-  
gliedern des Oberkirchenrats den Post der Landeskirche  
auspricht.

### Dawesplan und Kohlenhandel

Paris, 6. Okt. Der „Antragskandidat“ sagt, der englische  
Kohlenbergbau und der Handel haben in den letzten 18 Mo-  
naten der Ruhrbesetzung Vorläufe gehabt. Nachdem aber  
Deutschland durch den Dawesplan seine wirtschaftliche Frei-  
heit wieder erlangt habe, sei der deutsche Wettbewerb eine  
schwere Bedrohung. Das werde so bleiben, solange man Ent-  
schuldigungsleistungen von Deutschland fordere.

### Schwenkung Barthous

Paris, 6. Okt. Der bisherige Vorsitzende der Entschädigungs-  
kommission und eifrige Gehilfe Poincaré, Barthou,  
hat nun, nachdem die Entschädigungskommission ihm keine  
großen politischen Aussichten mehr bieten kann, dem Mini-  
sterpräsidenten Herriot angezeigt, daß er sich hinsichtlich der  
politischen Richtung Herriots anschließen möchte. Herriot hat ihn  
dem Entschädigung telegraphisch beglückwünscht. — Die Politik  
in Frankreich seit Jahresanfang ist einseitig und die „Zü-  
ren“ haben fast durchweg die verschiedensten Wan-  
dungen durchgemacht.

### Verhandlungen in London

London, 6. Okt. Die Verhandlungen über die Anleihe  
sind durch Dr. Schacht wieder aufgenommen worden. In  
englischen Geschäftskreisen ist man laut „Daily Telegraph“  
unzufrieden, daß Mac Donald den Ausschlag für Lieber-  
machung der von verschiedenen Staaten mit Deutschland abge-  
schlossenen Handelsverträge noch nicht eingeleitet hat, und  
man glaubt, daß er dafür nur solche Geschäfts- und Finanz-  
leute nehmen werde, die ihm selbst passen.

### Vorbekanntes Aufnahmegebot

London, 6. Okt. Die „Times“ sagt, die englische Regie-  
rung habe dem deutschen Botschafter nicht verhehlt, daß die  
deutsche Denkschrift über die Aufnahme in den Völkerbund  
in London keinen guten Eindruck gemacht habe, daß sie man  
bedauere, daß die Reichsregierung die Aufnahme wünsche.  
Es habe nun ein Meinungsaustrausch zwischen den Verbände-  
ten stattgefunden und es sei ein Übereinkommen über die  
allgemeinen Grundzüge der Antwort getroffen worden.  
Deutschland werde zur Bedingung gemacht, daß es sich  
streng an die Verpflichtungen des Vertrags  
von Versailles halte, zugleich werde Deutschland  
empfohlen, in seinem Aufnahmegebot jegliche Einschränkung  
oder Bedingung zu unterlassen.

Die Sache ist also nun dank Herriot gerade umgekehrt  
geworden; statt daß Deutschland keine selbstverständlichen  
Vorbekanntes macht, wird ihm die Bedingung vorgeschrieben,  
jede Einschränkung zu unterlassen und seinerseits den Ver-  
trag von Versailles und damit auch die Schuldlage aufs  
neue anzuerkennen. Wie sollte dies aber nach den Erklä-  
rungen des Reichspräsidenten und des Ministers Stresemann  
möglich sein.

### Die ägyptische Frage

London, 6. Okt. Mac Donald hat, nachdem keine Bespre-  
chungen mit Jaganal Bakha ergebnislos geblieben waren, am  
Montag einen Ministerrat zur Beratung der ägyptischen  
Frage und zur Feststellung der Beantwortung hierüber im  
Unterhaus am Donnerstag einberufen.

Jaganal Bakha ist nach Kairo abgereist.  
Im Ministerrat wurde auch die Entlassungnahme der Regie-  
rung zu dem konföderativen Mißtrauensantrag und dem li-  
beralen Vermittlungsantrag über den Generalstaatsanwalt fest-  
gestellt. Die Regierung wird beide Anträge als Mißtrauens-  
anträge betrachten. Allgemein wird der Sturz der Regie-  
rung am Mittwoch erwartet.

### Bevorstehende Entscheidung in England

London, 6. Okt. Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen  
Amt Bonar Law sagte in einer Rede in Sheffield, am  
Mittwoch werde die Entscheidung über die Regierung fallen.  
Die Liberalen haben bis jetzt immer eine Hintertür gehalten,  
durch die sie auszuweichen pflegten, nachdem sie vorher der  
Regierung den Kampf angelegt hatten. Die Regierung werde  
ihm ruhig aufnehmen.

### Die Kämpfe in China

London, 6. Okt. „Daily Telegraph“ meldet aus Schang-  
hai, bis jetzt sei Tschangschon (Mandschurei) gegen Wapetta  
(Tschü) im Vorteil, doch habe letzterer noch nicht seine ganze  
Heeremacht eingesetzt. Tschangschon meldet, er habe die  
Städte Pinjan und Hou (auf dem Weg nach Tsimtsingtu an  
der chinesischen Küste) eingenommen.  
Vor Schanghai dringen die Angreifer weiter vor. Das  
1. Heer, 30 000 Mann stark, hat mit den Verteidigern in der  
inneren Linie Gefechtsaufstellung gewonnen.

### Russland muß das deutsche Gepeck an die Wand

Moskau, 6. Okt. In der verfassungsmäßigen Vereini-  
gung hielt Ruffoi eine Rede, in der er die Erfolge der  
sowjetischen Regierung in der Innen- und Außenpolitik  
gegenüber der früheren unfruchtbaren Regierung darlegte.  
Der Bolschewismus wüßte aufrichtig den Frieden, aber unter  
der Bedingung, daß man die gegebenen Tatsachen (Frie-





den Vertrag von Versailles) anerkennen. Aber es erhebt sich über dem Gesichtsfeld ein neuer Stern, der Stern Deutschlands, das man vernichtet glaubte, bereite sich auf einen kühnen Kampf der Wiedergeburt vor. Im nächsten Jahre werde es damit beginnen, die Handelsmärkte zurückzuerobern. Es sei keine Spindel, wenn Italien sich heute auf alles vorbereiten müsse, denn es könne morgen schon Brüllungen gegenübergestellt sein, die über Leben und Tod entscheiden. — Mussolini hätte in dem Kampf um seine innerpolitische Existenz in Italien doch ehrlichere und anständigere Mittel wählen können.

#### Die schwedischen Wahlen

Stockholm, 6. Okt. Bei den letzten Wahlen zur zweiten Kammer des Reichstags haben die Konservativen 64 Mandate erhalten (bisher 62), der Bauernbund 24 (bisher 21), die Liberalen und die Freisinnige Volkspartei zusammen 33 (bisher 4 Liberale, 27 Freisinnige, 2 Unentschiedene, bisher zusammen 41), die Sozialdemokraten 104 (bisher 99) und die Kommunisten 5 (bisher 7). Die Konservativen erhielten etwa 400 000 Stimmen gegen 450 000 bei den Wahlen 1921, der Bauernbund unverändert etwa 190 000, die Liberalen und Freisinnigen 300 000 gegen 330 000 und die Sozialdemokraten und Kommunisten 820 000 gegen 770 000.

## Württemberg

Stuttgart, 6. Okt. In der Anfechtung der vom Landtagsausschuss vorgenommenen Aufteilung des Abgeordnetenbezirks für die Bezirkswahlkreise Heilbrunn-Neckar-Odenwald-Königsau-Hall und Herabrann an den Abg. Dr. Müller-Wergentheim (Zentr.) hat der Staatsgerichtshof entschieden: Die Aufteilung wird für ungültig erklärt. Bei der neuen Festlegung kann die Unterverbindung der Bezirkswahlkreise Wergentheim-Hall-Neckar-Odenwald und Königsau nicht berücksichtigt werden.

Brotpreissteigerung. Lediglich als Auswirkung der weiteren Weizenpreissteigerung müssen die Brotpreise ab Montag erhöht werden auf 35 Pfennig für ein Kilo Schwarzbrot, 40 Pfennig für ein Kilo Halbwaisbrot und 52 Pfennig für 1 Kilo Weißbrot.

Hochkapitel. Die frühere Krankenschwester Dorothea Blühe, Tochter eines Gärtners in Frankfurt a. O., kam im Frühjahr 1924 nach Stuttgart, nachdem sie in Dresden wegen vieler Betrügereien mit den Behörden in Verbindung gekommen war. In Stuttgart lernte das Franziskanerinnen-Kloster unter dem Namen Fürstin von Vron u. a. einen Sprachlehrer und einen ehemaligen Offizier kennen; mit dem letzteren verkehrte sie sich sogar „kraft eigenen Rechts“, wie sie es nannte. Täglich geschöpft wurden aber beide. Da dem Ehepaar das Geld bald ausging und die Fürstin nichts beibringen konnte, geriet auch der Offizier a. O. auf die schiefen Ebene und suchte durch Urkundenfälschung sich über Wasser zu halten. Das Grahe Schöffengericht verurteilte die geflüchtete Wonnemaria zu anderthalb Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust, den früheren Offizier zu fünf Monaten Gefängnis.

Stuttgart, 6. Okt. Verurteilung Eplanin. Die 35 Jahre alte, in Stuttgart wohnhafte, geschiedene Ehefrau Josefine Egel von Uffholz im Oberes, hatte im Auftrag eines im französischen Nachkriegsdienst lebenden Agenten einen Angehörigen der Heeresverwaltung in Ludwigsburg zu bestimmen gesucht, bei seinen Truppenbeständen geheime militärische Papiere zu entwenden und ihr Auskunft über geheimhaltende militärische Nachrichten zu verschaffen. Wegen Spionage wurde sie zu 3 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und 2000 Mark Geldstrafe verurteilt. Weitere Strafe ist durch die Untersuchungsbehörden.

Landesrat, 6. Okt. Fankertag. Zum 25jährigen Jubiläum der Nachrichtentruppen waren ehemalige Telephonisten, Telegraphisten und Funker in großen Reihen aus Württemberg und Baden herbeigeführt. Am Samstag fand die Begrüßungsfeier im Kurpark statt, wo Major Thon, Kommandeur der 5. Nachrichtenabteilung die Erlebten begrüßte. Generalleutnant Kabisch sollte dem Jubiläumswort und füllten Heldennut der Nachrichtentruppen während des Krieges ein dreifaches Hurra. Abends fand großer Fankertag statt. Die militärische Feier wurde am Sonntag in der Fankertage abgehalten, wobei Generalleutnant Reinhardt in feierlichen Worten einen Kahlhut gab auf die 25 Jahre Nachrichtenwesen und über die Bedeutung der Reichswache sprach. Er dankte denen, die in treuer Pflichterfüllung ihr Leben dem Vaterlande hingaben. Major Thon legte darauf am Gedächtnis der Funker eine Kranznieder. Hierauf begann der Vorbeimarsch vor dem Diakonienkommando. Nachmittags folgten Reiterfahrten in den Uniformen des Telegraphenbataillons zur Zeit der Gründung, dann vom mittl. Bataillon im Jahre 1912, in der Uniform des Ausmarsches und der Reichswache, ferner Fankertagen, sowie Freiübungen. Den Festabschluss bildete ein Unterhaltungsabend im Stadgarten.

#### Aus dem Lande

Ludwigsburg, 6. Okt. Einweihung des Kriegerdenkmals. Gestern wurde im alten Friedhof des Kriegerdenkmal eingeweiht, das die Stadt ihren im Weltkrieg gefallenen Söhnen errichtete. Das Denkmal ist ein Werk des Bildhauers Brüllmann. Oberbürgermeister Dr. Harzenstein und die Oberst Riethammer und Holland gedachten in markigen Worten der toten Helden.

Wetzheim, 6. Okt. Vom Ebnisee. Die württ. Forstdirektion als Grundeigentümerin und das Landesamt für Denkmalpflege haben gegen das Gefäß der Stadt Wetzheim, den Ebnisee durch ein Stauwerk um einen hohen Damm zu erhöhen und das Gefäß für eine Krastanlage im Winterausfall auszunutzen, Einspruch erhoben.

Hendebach, 6. Okt. Brand. Zum vierten Mal hat es hier in ganz kurzer Zeit gebrannt. Am Freitag brach in dem Anwesen des Landwirts Fr. Schurz Feuer aus, das auf das danebenstehende Haus des Silberarbeiters Joh. Hall übergriff. Beide Gebäude wurden ein Raub der Flammen.

Wittgenlingen Odt. Amund, 6. Okt. Die Kurstube. Ein 33 Jahre alter, lediger Wirtshaus hat sich an der Restaurierung seiner elterlichen Wohnung beteiligt.

Er sollte eine gerichtliche Strafe antreten und hat wahrscheinlich aus Angst den Tod gesucht.

Geislingen a. St., 6. Okt. Besuch des Staatspräsidenten. Staatspräsident Seyditz, der seine Krankheit hier verlebte, hat einer Einladung seiner Altersgenossen und Schulfreunde Folge geleistet und am Samstag tagspeltigen Feiertages teilgenommen. Er hat dadurch seinen Altersgenossen die allgerühmte Freude bereitet.

Rottenburg, 6. Okt. Besitzwechsel. Das Hotel „Zum Karl“ (ehemalig Karl Fische) ging um 37 000 Mark in den Besitz des Regieremeisters Albert Speidel von Oettingen über, der das Hotel bereits am 15. Oktober übernommen wird.

Geislingen, 5. Okt. Neues Arbeitsamt. Mit dem 1. Oktober d. J. ist für die Oberamtsstadt und 13 weitere Gemeinden des sog. „unteren“ Bezirks ein eigenes Arbeitsamt eröffnet worden. Die Verwaltung ist der Stadt Geislingen übertragen worden. Ob das bisher bestandene Gemeindearbeitsamt Geislingen weitergeführt werden oder ob es dem Arbeitsamt Oettingen angegliedert werden wird, steht noch nicht fest.

Geislingen, 6. Okt. Bubenstreiche. Der 16jährige Hermann B. trieb mit andern jungen Burschen Lusten, legte sich einen Strick um den Hals und verlachte das Erhängen. Als er dummelte, ließen die Kameraden davon. Ein vorbeifahrender Fuhrmann bemerkte den hilflosen, schalt den Strick durch und brachte den Beringstüften bewußlos nach Hause.

Spaldingen, 6. Okt. Brand. In dem dem Kaufm. Markt gehörigen, von Maurer G. Bolzina bewohnten Haus brach während des Nachmittagsgottesdienstes Feuer aus, dem das ganz Anwesen zum Opfer fiel.

Schweningen, 5. Okt. Ausbau der Realschule. Der Gemeinderat hat einstimmig beschlossen, den Ausbau der sechsklassigen Realschule in eine neunklassige Oberschule unverzüglich in die Wege zu leiten und mit dem Beginn des neuen Schuljahres in Kraft treten zu lassen.

Oggelshausen Odt. Niedlingen, 6. Okt. Gefährliche Hunde. Dem Landwirt Franz Dangel wurden nachts von einem unbekannten Hund fünf Schafe zerrissen und so zugerichtet, daß sie abgeschlachtet werden mußten. Dem Konrad Schilling wurde ein Schaf und mehrere Hosen auf die gleiche Weise gelöst.

Wangen i. L., 6. Okt. Brand. Aus bisher unauferklärten Gründen ist das Anwesen des Glasermeisters G. Schneider in Untereu vollständig niedergebrannt. Die Bewohner konnten nur das nackte Leben retten.

## Aus Stadt und Land.

Magold, den 7. Oktober 1924

Es ist möglich, daß der Deutsche noch einmal von der Weltbühne verschwindet; denn alle Nationen hoffen ihn wie die Vögel den Guten. Wenn es ihnen aber wirklich einmal gelingt, ihn zu verdrängen, wird ein Zustand entstehen, in dem sie ihn wieder mit den Algen aus dem Grunde krapfen möchten. Friedrich Heibel.

Gebührenermäßigungen. Die Post hat mit Wirkung vom 1. November an die Gebühren des Geldverkehrs ermäßigt. Für Postanweisungen ist wieder ein Höchstbetrag festgelegt worden, und zwar 1000 Mark. Die neuen Postanweisungengebühren betragen bis 25 Mark 20 Pfennig, bis 100 Mt. 40 Pf., bis 250 Mt. 60 Pf., bis 500 Mt. 80 Pf., bis 750 Mt. 120 Pf., bis 1000 Mt. 160 Pf. Im Postverkehr betragen die neuen Gebühren für Einzelpostkarten mit Zahlungsbeleg bis 25 Mt. 10 Pf., bis 100 Mt. 20 Pf., bis 250 Mt. 30 Pf., bis 500 Mt. 40 Pf., bis 750 Mt. 60 Pf., bis 1000 Mt. 80 Pf. und bei Beträgen von mehr als 1000 Mark (unbeschränkt) 1 Mark. Die feste Gebühr für Vorauszahlungen im Postverkehr ist von 20 auf 15 Pfennig ermäßigt worden. Damit wird die im jetzigen Tarif bestehende Unstimmigkeit beseitigt, daß im Postverkehr Vorauszahlungen über Beträge bis 25 Mark um einige Pfennige teurer sind, als bei Verwendung von Postanweisung. Die Auszahlunggebühr für Postcheckbriefe ist auf die Hälfte ermäßigt. Die neue Gebühr beträgt 10 Pf. für je 100 Mark des Kreditbetrages, mindestens aber 1 Mark für jeden Kreditbrief.

Witterung und Stateergebnis. Die Witterung im September war wesentlich besser als im Vormonat. Zwar blieben die ersten fünf Tage noch regnerisch und mäßig kühl, dann aber trat eine bis zum 21. dauernde wärmere Periode mit meist übernormaler Temperatur ein, die nur am 8. und 9. sowie am 14. und 15. durch verweilte Regengüsse unterbrochen wurde. Am 22. setzte wieder regnerisches Wetter ein. Die zwölf bis drei letzten Tage des Monats waren vorwiegend trocken. Im Monatsmittel lag die Temperatur um  $\frac{1}{2}$ —1 Grad über dem Normalwert. In den drei letzten Tagen sank in den höheren Lagen das Thermometer vielfach bis in nächste Nähe des Gefrierpunkts, so daß es (auch im Unterland) öfters zu Reifbildung kam. Die Regermengen waren im Landesdurchschnitt ungefähr normal. Auf wenigen Stationen betrug der Ueberschuß bis zu 60 v. H., auf anderen zeigte sich ein Fehlbetrag von 25 v. H. Gewitter kamen öfters vor. Die größte Verbeutung hatten sie am 3., 4., 9. und 22. Hagel fiel fast ausschließlich am 9. Betroffen wurde die mittlere, Alb, Schwabland mit angrenzendem Neckar- und Remstal, Wetzheimer Wald und der Fuß der Hohe. Trotz vor günstiger und wärmer gewordenen Witterung im September hat sich die Hoffnung, daß dadurch noch manche Schäden im Stand der Feldgewächse ausgeglichen oder doch gemildert werden würden, nur wenig erfüllt. Bieseloch zeigten viele gegenüber dem Vormonat noch eine Verschlechterung. Der Einbruch der Holmfrucht und des Delains, die im August und anfangs September in vielen Landesteilen noch lange nicht beendet war, kam das eingetretene trockene Wet-

Täglich kann abonniert werden.

ter gut zu halten. Da und dort ist die Herbstfrucht bereits im vollen Gang, wird aber durch den jenseitigen nässigen Untergrund und durch Ungeziefer äußerst erschwert. Die Kartoffeln liefern nach Menge und Größe einen recht unbefriedigenden Ertrag. Sie sitzen so jämlich überall, namentlich auf den schweren Böden, ganz empfindlich unter der Rasse; sie hemmt das Wachstum, brachte das Kraut zum Absterben und zeitig erschreckend viele faule Knollen. Das zu tunen in den meisten Gegenden die Engerlinge, sonstigen Freigewächse und Gärungswächse (Wohner, Frühkraut, Kohlraben usw.) wurden vom Schneckenfraß stark heimgesucht. Gedächtnis hat die Rasse entwirrt. Der Ertrag der Wiesen wurde durch die große Rasse des Untergrunds gleichfalls beeinträchtigt; immerhin gibt es fast ausschließlich eine gute Nachweide. Das Obst, zumal Apfel, bleibt klein, ist oft schorrig, fällt vorzeitig ab und verdirbt wenig haltbar. Auch über Blattkrankheit und Nussknospe wird häufig geklagt. Der Weinstock steht mit seltenen Ausnahmen schlecht. Man muß im Landesdurchschnitt mit einem Fehlbetrag rechnen. Sonnenschein und Wärme werden allgemein gemißt.

Statistisches aus der Reichssozialversicherung. In der Krankenkassen sind nach einer Mitteilung im Reichsarbeitsblatt 18 Mill. versichert. Das ist fast der dritte Teil der deutschen Bevölkerung. Darunter sind  $\frac{1}{3}$  Männer und  $\frac{2}{3}$  Frauen. Für den Versicherungsbedarf werden im Jahr 750 Mill. G. aus Beiträgen erhoben. Die Durchschnittsausgaben auf den Kopf der Versicherten der großen Ortsklassen betragen 52 G. jährlich. Die Beiträge betragen z. B. 6—7 v. H. des Grundlohns. Die Verwaltungsausgaben sollen sich auf etwa 6—10 v. H. der Gesamtausgaben belaufen. — Die Invalidenversicherung zählt 18 Millionen Versicherte, die meist auch der Krankenkasse angehören. Der Durchschnitt der Wochenbeiträge beträgt 50 G. Das ganze Jahr soll ein Beitragssummen von 330 Mill. G. M. als Zuschuß zu der Invalidenversicherung jährt das Reich einen Beitrag von 110 Mill. G. M. Gegenwärtig laufen 1,5 Mill. Invalidenrenten, 0,2 Mill. Witwen- u. Waisenrenten und 1,25 Mill. Waisenrenten. — Die Unfallversicherung zählt heute etwa 1,6 Mill. Versicherte. Die Zahl der Rentenempfänger ist noch verhältnismäßig gering, da die Wartezeit 10 Jahre beträgt. Der jährliche Beitragsschub beträgt etwa 50—60 G. M. — In Unfallversicherung umfaßt 24 Mill. Arbeiter, Angestellte und kleine Unternehmer und wendet etwa 120 Mill. Geldmark im Jahr auf.

Ausführung der Allgem. Orts-(Bezirks-)Krankenkasse am 4. Okt. nach. 4 Uhr im Rathausaal in Magold. Anwesend: Vom Vorstand 12 Vertreter (4 Arbeitgeber, 8 Arbeitnehmer). Der Vorsitz führte Rößel, Fabrikant Schreyer. Der Aufsicht beehrte sich nach der Wahl der Betriebsleiter Fr. Huber-Rogold zum neuen. Ausführenden gundt mit einer Anzahl Satzungsänderungen, von denen hervorzuheben ist, daß der Höchstbeitrag für Witwen und höhere Hilfsmittel auf 25 M. für Versicherte und auf 12,50 für Familienangehörige festgesetzt wurde. Die Dienstverpflichtung für die Krankenkassen wurde infolgedessen geändert, als 1 Beamter in Gruppe 5 der staatl. Beschäftigung abgebaut wurde. Hierauf erfolgte die Abnahme der Jahresrechnungen von 1922 und 1923, nachdem der Rechnungsschub zuvor seines Amtes verlustig hatte. Die Rechnung vom Jahr 1923 schloß mit einer Mehrerlöse von rund 7000 Geldmark ab. Der Kassenvorstand sprachte Bericht über die derzeitigen allgemeinen Verhältnisse der Kasse; er sprach von den Beziehungen zu den Ärzten, Zahnärzten und Apothekern, Krankenhäusern, Apothekern, ferner über die Beziehungen zu den Versicherten (Krankengeld, Wochenhilfe etc.) und zuletzt über die Verwaltungskosten, die sich durchaus in normalen Grenzen bewegen. Nach dem neuerdings herausgegebenen Monatsübersicht ist das Verhältnis der Einnahmen zu den Ausgaben so, daß eine Herabsetzung der Beiträge von 7,5 auf 7% ab 29. 9. 1924 vorgenommen werden kann. Sobald die Beschäftigungsverhältnisse und damit auch die Beitragseinnahmen der Kasse sich gebessert haben, wird der Kassenvorstand nicht absehen, eine weitere Ermäßigung der Beiträge einzutreten zu lassen. Der wichtigste Gegenstand der Tagesordnung betraf die Entlassung des Kassenschreibers zu der Frage: Erwerb eines Erholungsheimes gemeinsam mit anderen Krankenkassen. Die Referenten Schreyer und Rogold teilten mit, daß nach einem Abkommen zwischen dem Württ. Krankenkassenverband und der Landesversicherungsanstalt Württemberg die Festsetzung für die Krankenrenten und teilweise auch für die Rentenanwärter von der Versicherungsanstalt in eigenen Heilstätten durchgeführt werden, während die Heilversicherungen bezüglich aller übrigen Krankheiten die Krankenkassen selbst zu übernehmen haben. Dieser Verpflichtung einerseits gegenüber der Versicherungsanstalt und andererseits gegenüber den Kranken konnten die meisten Kassen nur in ganz unzulänglicher Weise nachkommen, weil es an geeigneten eigenen Grimen fehlte und sich eine zweckdienliche Unterbringung der Kranken zu ihren Schäden meist sehr vergrößert. Dem Beispiel einer großen Anzahl anderer Krankenkassen des Landes und auch anderer Organisationen (wie z. B. der Gewerbetreibenden und Handwerker) folgend, haben sich deshalb die Ortskrankenkassen Calw, Magold und Reichenberg, die ohne die Familienangehörigen zusammen etwa 20 000 Mitglieder umfassen, entschlossen, gemeinsam nach einem passenden Erholungsheim nachzugehen. Dabei galten als leitende Grundgedanken, daß das Heim nicht bloß Linderungs-, sondern insbesondere auch Gelegenheits- u. Erholungsheim bieten muß, daß ferner je gleichen Teilen erworben werden soll u. daß die laufende Verwaltung durch die Kaufsumme nicht übermäßig belastet werden darf. Man warierte auf einen Gelegenheitskauf. Und was von den Vertretern der genannten Kassen vorbedeutlich der Zustimmung der zuständigen Organe um die Summe von 120 000 M. einschließlich Inventar und Vorarbeiten nach schwierigen Verhandlungen erworben wurde, darf mit vollem Recht als ein wertvoller Gelegenheitskauf bezeichnet werden. Der „Rothmattschloß“ bei Baden-Baden ist ein Anwesen — 140 m über der Talsohle, 20 Min. vom Zentrum der Stadt entfernt, in unmittelbarer Nähe prächtiger Hochwaldungen, mit ungefähr 1 Hektar großen Baumgärten — das Heim für etwa 60 Personen bietet und sich in hohem Maße für ein Erholungsheim eignet, ganz abgesehen von der billigen







